

Einer Bildungsvision gerecht werden

Ein Gespräch über die Gründung einer Hochschule¹

Vorbemerkung

Was bringt jemanden dazu, eine neue Hochschule zu gründen? Was treibt eine:n an, in einem Land voller Bildungsinstitutionen etwas zu wagen, das sich stark vom Herkömmlichen unterscheidet? Silja Graupe und ihre Mitstreiter:innen verstehen sich als Bildungsbürger:innen der ganz anderen Art, und sie haben es einfach getan: Sie gründeten im Jahre 2014 mit der Cusanus Hochschule in Bernkastel-Kues, die sich 2023 in die Hochschule für Gesellschaftsgestaltung in Koblenz wandelte, eine staatlich anerkannte Hochschule in freier Trägerschaft. Sie taten das ohne einen großen Finanzier im Hintergrund, aber ausgestattet mit Überzeugung, Mut und viel Erfahrung im und mit dem etablierten Wissenschaftssystem.

Das Gespräch

Frau Graupe, wie ist Ihr eigenes Verhältnis zur Wissenschaft?

Ich bin Wirtschaftsingenieurin für Technische Chemie, habe also eine Ausbildung in BWL, VWL, Recht und Technischer Chemie (Verfahrenstechnik). Von der Technischen Universität Berlin aus bin ich ein Jahr nach Japan gegangen, wo ich zur Philosophie gestoßen bin. Es entwickelte sich für mich die wichtige Frage: Wie kön-

1 Dieser Beitrag erschien zuerst als Silja Graupe, »Einer Bildungsvision gerecht werden: Akademische Selbstgründung einer Hochschule in freier Trägerschaft. Ein Gespräch,« *Aufgang. Jahrbuch für Denken, Dichten, Kunst* 14 (2017). Er beruht auf der Podcastfolge Tim Pritlove, Host, »FG033 Cusanus-Hochschule: Akademische Selbstgründung einer Hochschule als Alternative zu privaten und staatlichen Ansätzen,« *Forschergeist*, 10. August 2016, 1std., 39 min., 41 sec., <https://forschergeist.de/podcast/fg033-cusanus-hochschule/>, zuletzt abgerufen am 28. Oktober 2025. Das Gespräch führte Tim Pritlove mit Silja Graupe. Es wurde von Rüdiger Haas in Schriftform zusammengefasst und von Silja Graupe aktualisiert und abschließend überarbeitet.

nen wir in Lehre und Bildung verschiedene Disziplinen zusammenbringen, um über große Gesellschafts- und Wirtschaftsfragen nachzudenken?

Wann haben Sie die Wissenschaft für sich entdeckt?

In der Zeit in Japan bildete sich für mich die entscheidende Grundfrage heraus: Wozu will ich etwas wissen? Man fragte schon damals, 1998, in Japan etwa nach dem Entstehen von Finanzblasen. Ich erforschte in meiner Studienarbeit, dass das Entstehen solcher Blasen von der herkömmlichen Betriebs- und Volkswirtschaftslehre nicht beantwortet werden konnte, weil ihm viele kulturelle Faktoren zugrunde lagen, für die keine adäquate wissenschaftliche Sprache existierte. Ich fragte mich, warum studiere ich eine Wissenschaft, die einen Anspruch auf Allgemeingültigkeit und ein bestimmtes Wahrheitsverständnis erhebt, mit der ich dann aber in einem anderen Kulturbereich offensichtlich nicht weiterkomme?

Welche Schlüsse ergaben sich aus der Erkenntnis, dass die herkömmlichen Wirtschaftswissenschaften bestimmte Phänomene nicht beschreiben können?

Für das, was damals für mich neu war, hatte ich noch keine wissenschaftliche Beschreibungsmöglichkeit. Ich war selbst gleichsam in der Sprachlosigkeit meiner Wissenschaft gegenüber qualitativen Phänomenen gefangen; ein Gefängnis, aus dem ich mich nur allmählich und tastend befreien konnte. Ich ging nach Deutschland zurück mit der grundsätzlichen Frage: Auf welchen Voraussetzungen beruht die Ökonomie und warum formt und prägt sie unser Denken in der Weise, dass wir bestimmte Fragen nicht zulassen können? Wie formt sie unsere Erkenntnis und welche Auswirkungen auf das Handeln hat dies? So ist die Wissenschaftsfrage eher in eine philosophische Frage übergegangen. In meiner Dissertation habe ich mich mit den Grundlagen der ökonomischen Methode auseinandergesetzt und Fragen aus interkultureller Sicht, vor allem aus der Perspektive der modernen japanischen Philosophie mit einbezogen, die die Begrenztheit der wissenschaftlichen Erkenntnis zu öffnen versuchen.

Was kann man sich unter der ökonomischen Methode genauer vorstellen?

Die Antwort ist natürlich komplex. Im Mittelpunkt steht eine Idee aus dem 19. Jahrhundert, die besagt, dass die wirtschaftswissenschaftliche Methode an die Naturwissenschaft angelehnt sein müsse, die nach von aller Subjektivität befreiter, distanzierter, mitleidloser Erkenntnis strebt. Diese nach dem Vorbild der reinen Mathematik und der reinen Mechanik bemessene Sichtweise wurde im 20. Jahrhundert fast zu einer faktischen Gegebenheit und nicht mehr weiter hinterfragt. Ausgangspunkt war für mich deshalb die Frage, was eine solche Methode voraus-

setzt und welche Alternativen es dazu gibt. Denn es müssen auch Bereiche wie Kultur, Gesellschaft und Erkenntnis berücksichtigt werden, die immer auch ethische Dimensionen berühren. Dafür braucht es eine Vielfalt von Sprachen, welche die rein mathematische bei weitem übersteigt.

Welche Faktoren fehlen momentan in der Volkswirtschaftslehre, vor allem in der Bildung?

Beispielsweise auf den Gebieten Angebot und Nachfrage, Arbeitslosigkeit oder Mindestlöhne werden Machtphänomene komplett aus der Theorie ausgeklammert. Für mich ist eine solche Einseitigkeit bestimmter wissenschaftlicher Perspektiven problematisch. Ich frage mich seit meiner Promotion, wie wissenschaftliche Erkenntnisse in die Köpfe der Menschen gelangen, bzw. wie Menschenbilder entstehen. Etwa von 2009 an habe ich damit begonnen, mir das Phänomen »ökonomische Bildung« genauer anzuschauen. Ich betrachte es als problematisch, dass diese seit dem Zweiten Weltkrieg durchgehend und dann nochmals zunehmend in den 1990er und 2000er Jahren in einem extremen Maße standardisiert worden ist. Diese Standardisierung bedingt eine starke Einseitigkeit: es wird eine bestimmte mathematische Methode gelehrt, ohne sie historisch oder in interdisziplinäre Kontexte einzubetten. Eine solche Art der Bildung weist mit ihren abstrakten Modellen eine gefährliche Weltferne aus. Die im 19. Jahrhundert begründeten Modelle, die damals in ihrem rein wissenschaftsorientierten Kontext natürlich ihre Berechtigung hatten, vermitteln das Bild einer scheinbar harmonisch funktionierenden Wirtschaft, die mit den Studierenden nicht problematisiert wird. Seit der Krise von 2008/2009 nimmt die Kritik an der Wirtschaftswissenschaft zu. In der Auseinandersetzung wurde für mich folgende Frage zentral: In welcher Weise und wie sehr ist eine doch eigentlich weltferne Lehre an der Veränderung der Gesellschaft beteiligt, sodass daraus z.B. Wirtschaftskrisen entstehen? Oder anders formuliert: Wie kann etwas Weltfernes so weltwirksam werden wie die standardisierte Wirtschaftswissenschaft?

Was hat man sich unter einer Standardisierung vorzustellen? Eine weltweite Uniformität des Lehrmaterials?

Studierende aus Mexiko kommen etwa zu uns Lehrenden an deutsche Hochschulen und sagen: »Wenn Sie die ersten acht Kapitel von Mankiws Economics (dem derzeit wichtigsten Lehrbuch weltweit) durchnehmen, dann kann meine Prüfungsleistung ohne weitere Nachfragen an der Heimatuniversität anerkannt werden.« Dieses Beispiel macht deutlich, dass die Standardisierung weltweit erfolgt. Die großen Lehrbücher sind in bis zu vierzig Sprachen übersetzt und stehen – natürlich mit Ausnahmen – in allen Erdteilen im Diskurs.

Warum ist das so?

Einerseits stehen Verlage mit einem millionenschweren Markt dahinter. Andererseits sind die Lehrbücher für Studierende wie Dozierende verführerisch. Bieten sie doch eine leicht zu lernende und lehrende Form überprüfbareren Wissens an. Sie schaffen Arten des Vergleichs, der Benotung und des Wettbewerbs – dies allerdings in einer Art Scheinwelt, die mit den realen Fragen, mit denen die Studierenden in ihrem Leben konfrontiert sein werden, kaum etwas zu tun haben. Wichtig ist auch die Einsicht, dass die ökonomische Bildung wie alle anderen Bildungsformen auch heute in einem hohen Maße ökonomisiert ist. Dies führt etwa dazu, dass viele Dozierende nur semesterweise angestellt werden, nur einzelne Lehraufträge erhalten und dafür sehr wenig Geld bekommen. Unter diesen Bedingungen ist es kaum möglich, die Lehre verantwortlich zu gestalten; stattdessen greift man auf vorgefertigte Lehrtexte, Übungsaufgaben, Antwortbögen, Klausuraufgaben, Powerpoint-Folien etc. zurück, die von den Verlagen oft kostenlos bereitgestellt werden.

Aber es gibt natürlich auch noch eine andere Seite Ihrer Frage nach dem Warum: Es ist dies die Frage nach der politischen Wirksamkeit der ökonomischen Bildung. Gibt es z. B. Einflüsse von Standardisierungsinstitutionen, die eine bestimmte Form der Bildung propagieren, um kritische Fragen aus der Gesellschaft ganz einfach auszublenden, bzw. Menschen nicht mehr dazu zu motivieren, diese Fragen zu stellen? Es ist schwierig, so etwas nachzuweisen, und schwer, die Einzelnen dazu zu befähigen, sich anders bilden zu wollen, ihnen eine Alternative zu bieten und ihnen Mut zu machen, sich für eine andere Art des Studiums entscheiden zu können und zu wollen.

Die Standardisierung der ökonomischen Bildung dient, so klang dies bei Ihnen an, zu deren effizienterer Organisation. Eingespielte Methoden, Modelle und einheitliche Ausbildungssysteme, wie im Bologna-Prozess angestrebt, machen Bildung und Vermittlung leichter. Ist dieser Prozess der Vereinheitlichung möglicherweise ein Holzweg?

Einerseits gibt es die Ökonomisierung von Bildung, die durch die Bologna-Reform klare Vorteile erfährt. Man kann sich international verständigen, wenn man eine mathematische Sprache generalisiert und durchsetzt. Andererseits wird dabei ein wesentlicher Bildungsaspekt vollkommen ausgeblendet. Bildung heißt ja immer auch Fähigkeit zur Selbstbildung. Es geht um die freie Bildung des Menschen in sozialer Verantwortung. Ökonomisierung aber meint wesentlich, die (vermeintlichen) Spielregeln des Systems zu akzeptieren und bloß in deren Grenzen die eigenen Interessen verfolgen zu lernen. Auf diese Weise bleibt die Vermittlung einer schöpferischen Vielfalt für junge Generationen ebenso auf der Strecke wie

die Vermittlung der Fähigkeit, Fragen zu stellen und den eigenen wie auch den sozialen Horizont zu erweitern, um diese Fragen beleuchten zu können. Wenn nur ein einziges Set von Denkwerkzeugen vermittelt wird, entsteht eine geistige Monokultur, die die Gefahr in sich birgt, anfällig für unvorhergesehene, ungeplante Krisen zu sein. Die Ausbreitung dieser Monokultur geht mit abnehmender Kritikfähigkeit und sich verringernden Möglichkeiten einher, anders denken zu können. Für welche Ziele steht aber eine Universität? Was soll eine Hochschule bewirken? Das Spannungsfeld *Bildung versus Ausbildung* weist darauf hin, dass die Vermittlung eines festen Werkzeugsets oder Denkinstrumentes nicht das sein kann, was die akademische Bildung insgesamt ausmacht.

Gibt es auch in anderen Disziplinen den Drang zur Standardisierung, zu Engstirnigkeiten, die die Innovationskraft erlahmen lassen?

Unser zweites Fach, das wir an der Cusanus Hochschule neben der Ökonomie lehren, ist die Philosophie, die in ihrem Lehrkanon sicher nicht so eingeschränkt ist wie die Ökonomie. Aber auch hier sehen wir, dass ganze Bereiche der Philosophie immer weniger gepflegt werden. Insbesondere hat die Analytische Philosophie ein deutliches Übergewicht bekommen. Die Philosophie scheint insgesamt immer weniger in der Lage zu sein, wichtige Fähigkeiten zu vermitteln, wie Fragen zu stellen, sich selbst zu bilden, Entscheidungen zu treffen oder Verantwortung zu übernehmen. Die Philosophie kann die Forderung, eine kritische Stimme für die Gesellschaft zu sein, nicht mehr überall erfüllen. Dies hat auch damit zu tun, dass sie das »Mitspracherecht der Geschichte« zunehmend ignoriert. Der andere Bereich, in dem innerhalb des Akademischen die Innovationskraft erlahmt, ist die Organisation akademischer Bildung insgesamt. Gerade auch aus diesem Bereich stammen viele Fragen, die sich bei Kolleg:innen und mir allmählich zu der Einsicht verdichteten, eine neue Hochschule gründen zu wollen. In einer Zeit starker gesellschaftlicher Veränderungen, der Ökonomisierung und der Verwertbarkeit von Bildung ist es uns immer wichtiger geworden, danach zu fragen, welche Strukturen innerhalb der Studiengänge benötigt werden und welche Finanzierungsfragen und Rechtskonzepte Priorität haben sollten, damit die Freiheit von Forschung und Lehre und die institutionelle Autonomie einer Hochschule wiedererstarken können.

Welche Unterschiede gibt es bei privaten Hochschulen?

Die staatlich geführten Hochschulen, die oft unter dem Stichwort der Massenuniversitäten subsumiert werden, sind der eine Bereich. Der andere Bereich sind die eher vom Markt dominierten privaten Hochschulen, hinter denen finanzielle Interessen stehen und die mit der Lehre einfach nur Geld verdienen wollen und eine bestimmte Rendite anstreben. Diese Art der Privathochschule dürfte in Deutsch-

land am meisten vorhanden sein. Dann gibt es private Hochschulen, die ideelle Interessen vertreten oder an bestimmten Ausbildungsrichtungen Interesse haben, sei es in der Pflege, der Medizin oder der Logistik, weil sie eine bestimmte Art von Absolvent:innen selbst benötigen. Schließlich gibt es noch den kleinen, wenig vertretenen Bereich, den man akademische Selbstgründung nennt. In diesem Bereich steht eine Vision von Bildung, für die Akademiker:innen Verantwortung übernehmen wollen ebenso im Vordergrund wie der Wunsch, die Freiheit von Lehre und Forschung zu bewahren und zeitgemäß auszugestalten. In diese Kategorie der akademischen Selbstgründung fällt unsere Hochschule. Wir wollten als Gründungsmitglieder nicht nur einzelne Lehrveranstaltungen, Lehrkonzepte oder Module verantworten, sondern eine Organisationsform schaffen, die einer freien Bildung in der heutigen Zeit wirklich gerecht wird.

Wann kam die Idee für dieses Hochschulprojekt auf?

Die ersten Überlegungen gab es bereits in den Jahren 2012 und 2013. Die Unterlagen für die staatliche Anerkennung haben wir 2014 eingereicht; im Mai 2015 wurden wir staatlich anerkannt und nahmen dann im Oktober 2015 den Lehrbetrieb auf. Entscheidend war für mich persönlich die Verantwortungsfrage. An meiner vorherigen Hochschule hatte ich die Freiheit, Volkswirtschaftslehre so zu unterrichten, wie ich das für richtig und sinnvoll halte. Ich übernahm Verantwortung für bestimmte Module oder Studiengänge und beobachtete, dass Studierende ins Denken kommen, Fragen stellen und große Wirtschaftsfragen bewegen wollen. Wenn Gestaltungsfragen thematisiert wurden, wollten meine Studierenden mitgestalten und begannen, weitere Fragen an die Voraussetzungen der Wissenschaften ebenso wie den heutigen Bildungsbetrieb zu stellen. Doch oft griffen die nächsten Kolleg:innen diese Fragen nicht auf oder wiesen sie sogar zurück. Auch reagierten die Menschen hinter den Hochschulstrukturen oft nicht auf Kritik und Veränderungswillen der Studierenden. So fragte ich mich, ob ich eine solche Lehre weiter verantworten möchte, wenn das Umfeld für Veränderungen nicht vorhanden ist. Die Antwort lautete: Nein. Sodann stellte sich die nächste Frage: Wie lässt sich eine Hochschule gründen und aufbauen, in der Menschen die Verantwortung für lebendige, dynamische und gestaltbare Strukturen übernehmen, in und mit denen Studierende ebenso wachsen können wie sie selbst?

Es geht um systemische und strukturelle Neuerungen?

Ja. Wir verfolgen die Frage, was es heißt, in einem gesellschaftlich gegebenen Rahmen so zu wirken, dass man sich selbst Freiheiten schaffen und gleichzeitig Strukturen, Ordnungen und Institutionen mit verändern kann. Nicht selten wird der Wissenschaft vorgeworfen, dass sie weltferne Vorschläge macht, die sich nicht

realisieren lassen. Wir übernehmen innerhalb des staatlich anerkannten Rahmens Verantwortung für eine sich selbst wandelnde Struktur, die der Gesellschaft dienen soll, ohne sich Interessen Einzelner anzudienen. Innerhalb oder außerhalb der Wissenschaft verfolgen wir keine Spinnereien, sondern konkrete Bildungsprojekte, deren Handlungsspielräume wir selbst mitgestalten. Diese Projekte sind dabei so angelegt, dass sie von Menschen freiwillig gemeinsam finanziert werden – und nicht über Steuern oder aus Privatinteresse, wie bei staatlichen oder marktwirtschaftlich orientierten Hochschulen.

Wann war der Punkt erreicht, an dem die institutionelle Gründung der Eigenverantwortung umgesetzt wurde?

Der Umsetzungsgedanke ist keine Idee eines: einer Einzelnen gewesen. Allein das Gründungspräsidium zählt vier Akteur:innen: Harald Spehl, Harald Schwaetzer, Frank Vierheilig und mich. Während der Gründungsphase haben viele Kolleg:innen immer wieder das Gespräch über die Möglichkeit und Notwendigkeit dieser Realisierung gesucht. Vorausgegangen war die Gründung der Kueser Akademie für Europäische Geistesgeschichte im Jahr 2009, in der wir die Frage nach dem Rahmen für eine freie Forschung stellten. Hier in Bernkastel-Kues gab es mit nationalen wie internationalen Kolleg:innen (die Akademie hat mittlerweile weit über hundert professorale Mitglieder) viele Gespräche über den Bildungsbegriff und das heutige Bildungssystem. Dabei rückte dann neben der Forschung immer mehr die Lehre in den Mittelpunkt: Wie ließe sich diese frei gestalten? 2012/13 stießen dann Studierende, die sich schon für eine alternative ökonomische, aber auch philosophische Bildung engagierten, zu der Initiative dazu. Sie haben nicht nur kräftig mit angepackt, sondern uns den Mut und die Überzeugung für die Gründung gegeben, weil wir sahen, dass es immer mehr junge Menschen gibt, die mit ihren Wirtschafts-, Gesellschafts- und Bildungsfragen an vielen Hochschulen keine befriedigenden Antworten mehr bekommen und sich in ihrer Bildung nicht mehr gefördert sehen. Zudem interessierten sich immer mehr Bürger:innen sowie einige Politiker:innen für unsere Initiative und sagten uns ihre Unterstützung zu. Ab 2012/13 führten wir dann die ersten Gespräche über die staatliche Anerkennung mit dem Land. Der Antrag für die staatliche Anerkennung erfolgte 2014. Den Rest erzählte ich bereits.

Was sind die Leitmotive, die Ihre Hochschule ausmachen? Wie unterscheiden sich die neuen Strukturen von anderen Universitäten?

Wir fragen uns etwa, wie Bildung ein realer Teil der Zivilgesellschaft sein kann. Zivilgesellschaft meint hier eine Selbstorganisation, die konsequent am Gemeinwohl ausgerichtet ist. Wir fragen uns weiter: Wie lassen sich Selbstbestimmung

und Selbstorganisation tatsächlich entwickeln, um die Freiheit von Forschung und Lehre nicht nur auf dem Papier, sondern in der Praxis umzusetzen? Einige Antworten lassen sich etwa an unserer rechtlichen Struktur ablesen: Vereinfacht gesagt, kann sich eine Hochschule in Deutschland nicht selbst besitzen, sondern baut auf einer Trägerstruktur auf. Damit aber gehört sich die akademische Bildung nicht selbst, sondern anderen. Die Konsequenzen hiervon zeigen sich immer wieder am Problem des sogenannten Durchregierens, dessen Opfer viele private Hochschulen sind: Wer bezahlt, hat das Sagen. Wir haben dieses Problem mit einer innovativen Rechtsform gelöst: Verfasst sind wir als gemeinnützige Treuhandstiftung. Für die Vertretung unserer wirtschaftlichen und rechtlichen Belange dient uns die Cusanus Treuhand gGmbH als echter Treuhänder, der keine eigenen Interessen verfolgen kann. Die Verantwortung für die Ausgestaltung von Forschung und Lehre liegt damit ausschließlich in den Händen der Hochschulmitglieder und ist demokratisch organisiert. So sind wir frei für unseren Dienst am Gemeinwesen.

Damit ist natürlich gefordert, dass Kolleg:innen und Studierende die Fähigkeit und Willensbereitschaft aufbringen, tatsächlich Verantwortung übernehmen zu können und zu wollen. Bei den staatlichen Hochschulen werden mittlerweile etwa durch Hochschulräte die Freiheit und die Autonomie insbesondere des akademischen Senates konsequent beschnitten. Im privaten Bereich gibt es dagegen beispielsweise das Problem, dass statt des Senates der Träger darüber entscheiden möchte, wer der:die nächste Präsident:in oder Kanzler:in wird. Bei uns ist all dies nicht möglich – und der Aufbau der Hochschule und die akademische Selbstverwaltung laufen sehr gut. Damit wollen wir beispielgebend für demokratische, eigenverantwortliche Gestaltung auch über den Bereich des Akademischen hinaus sein.

Es geht also um eine Selbstverwaltung und eine Eigeninitiative?

Ja, um eine Eigeninitiative, die durch Sinnvermittlung in die Gesellschaft hineinwirken kann. Wenn es uns nicht gelingt, Menschen klarzumachen, warum es uns gibt und wozu wir gebraucht werden, wird die Unterstützung aus der Zivilgesellschaft abnehmen und wir werden wieder verschwinden. Deshalb müssen wir über unsere Bildungsanliegen und akademischen Angebote immer wieder aufklären, mit Menschen in den Diskurs treten und glaubhaft vermitteln, dass und wie wir gebraucht werden. Auf diesem Boden kann eine unabhängige Forschung entstehen, die sich mit Gesellschaftsfragen auseinandersetzt sowie eine Lehre, die das Ziel verfolgt, Bedingungen zu schaffen, die heutzutage Persönlichkeitsbildung und Verantwortung für Gesellschaft und Gemeinschaft zugleich ermöglichen können.

Ziel ist es also, einen eigenen Forschungsbetrieb mit unabhängigen Denkprinzipien zu installieren?

In gewisser Weise schon. Dabei meint Unabhängigkeit aber nicht Unwissenschaftlichkeit oder Prinzipienlosigkeit, sondern eine Befreiung von der Fixierung auf bestimmte Methoden. Wir wollen die Freiheit einer Methodenwahl und die Ausgestaltung bestimmter Methoden entwickeln, um Fragen angehen zu können, die für die Gesellschaft relevant sind, aber nicht an Disziplingrenzen haltmachen. Kulturhistorisch und geisteswissenschaftlich gesehen, gibt es eine enorme Vielfalt und Bandbreite, über Probleme nachzudenken. Diese Vielfalt soll wieder ermöglicht werden, ohne sich dabei einer bestimmten Standardisierung oder Erfolgsmessung von Publikationen beugen zu müssen.

Wann sind Sie zu dem Punkt gekommen, an dem bestimmt wurde, die Sache auszuprobieren?

Es war eher ein allmählicher Prozess, wobei die Frage der staatlichen Anerkennung letztlich entscheidend war, weil ohne diese keine akademische Lehre möglich ist.

Forschen dürfte man also ohne Anerkennung, aber nicht lehren?

Genau, so ist es.

Welche Kriterien müssen bezüglich der Lehre erfüllt werden?

Es müssen beispielsweise Finanzkonzepte vorgelegt werden, die es den Studierenden ermöglichen, ihr Studium bis zum Ende durchzuführen. Wenn z. B. Insolvenz angemeldet werden müsste, wäre den Studierenden durch einen dritten Geldgeber das Studium bis zum Abschluss weiter gesichert. Ein anderes Kriterium ist die Frage nach der Trägerschaft, die der Wissenschaftsrat beurteilen muss. Andere Fragen gehen Richtung Organisation der Selbstbestimmung oder der Schaffung und Etablierung der Hochschulordnungen. Eine eher streitbare Frage ist die nach dem Studienprogramm der Hochschule und inwieweit sich der Staat darin einmischen darf. Wer kann und darf über die Wahrung von wissenschaftlichen Standards entscheiden, ohne die Freiheit der Lehre zu gefährden? Hier entstehen Graubereiche, und es muss zwischen den Ansprüchen des Staates etwa an die »Berufsfähigkeit« der Studierenden einerseits und wissenschaftlichen wie gesellschaftlichen Ansprüchen andererseits differenziert und entschieden werden.

Wie sehr schränkt der vorgegebene juristische Rahmen das ein, was Sie ursprünglich vorhatten?

Ich habe mich schon länger mit dem Thema »Soft Governance« befasst. Bologna hat viel mit dieser Struktur zu tun. Soft Governance, vor allem neoliberaler Couleur, heißt, nicht durch äußere sichtbare Macht, also Druck und Zwang zu regieren, sondern immer auf ein bestimmtes Maß an »freiwilligem« Selbstgehorsam zu vertrauen, das etwa durch Anreize oder schlicht durch ein Nichtwissen um mögliche Alternativen genährt wird. Die Umstrukturierung des Bildungssystems der letzten Jahrzehnte hat aus meiner Sicht viel mit dieser Art der Regierungskunst zu tun. Ein Beispiel ist die Verpflichtung zur Modularisierung von Studiengängen, also die Verteilung des Stoffes in kleine Häppchen, was die Idee der »Wahlfreiheit« und einer Bildungsbiographie im Sinne einer bloßen Aggregation einzelner Bausteine teilweise ad absurdum führen kann. Diese Art der Modularisierung setzt sich heute fast überall durch. Dem reinen Gesetz nach aber gibt es keinen Grund, dass man einzelne Module nicht wieder zu einem sinnvollen Ganzen zusammenführen könne. Man muss es nur wollen und dafür die richtige Vorstellungskraft entwickeln, also über Fähigkeiten verfügen, zu imaginieren, dass es auch anders sein könnte, als alle behaupten. An unserer Hochschule verfolgen wir mit den Studiengängen eine ganzheitliche Bildungsidee, und wir konnten diese in den Akkreditierungsverfahren erfolgreich umsetzen – Modularisierung hin oder her. Interessanterweise ist uns der Punkt, an dem wir tatsächlich aufgrund der von uns vertretenen Freiheit von Forschung und Lehre gegen ein Gesetz verstoßen würden, noch nicht begegnet. Oft brauchen wir einiges an Überzeugungskraft, aber möglich war bisher am Ende alles, was uns sinnvoll erschien und zugleich vertretbar.

Welche Leute möchte die Hochschule im Team haben? Was ist das gewünschte Selbstverständnis?

Wir sind im Moment an der Hochschule insgesamt fünf Kolleg:innen, zwei Professoren werden gerade berufen (Stand 2016). Am Institut für Ökonomie haben alle akademischen Kolleg:innen ein wirtschaftswissenschaftliches Standbein, alle sind ausgebildete Volkswirt:innen, bei mir etwa kommt die Philosophie dazu, bei anderen die Kulturgeschichte oder die Institutionsforschung. Wichtig ist uns, vielfältig und interdisziplinär vorzugehen und dabei stets im Austausch zu bleiben. Die fachlichen Qualifikationen werden bei allen Mitgliedern des Instituts durch eine hohe Motivation in der Lehre ergänzt.

Woher kommen die Studierenden? Wer fühlt sich zu Ihrem Projekt hingezogen und welche Studierenden würden Sie gerne an der Hochschule begrüßen? Gibt es Auswahl- oder Aufnahmeprogramme?

Seit 2008/2009 gibt es eine große Studierendenbewegung, die sich im »Netzwerk Plurale Ökonomik« zusammengefunden hat und die die standardisierte, weltferne Lehre an den Hochschulen stark kritisiert. In diesem Bereich sind wir bekannt und werden dort auch als eine der wichtigen Alternativen wahrgenommen. Viele unserer Studierenden haben nach dem Abitur einen Freiwilligendienst im Ausland abgeleistet. Dort wurden sie mit den Themen Armut, sozialer Ungerechtigkeit und Umweltzerstörung konfrontiert. Sie hatten weitreichende Fragen und sahen, dass die Themen mit Wirtschaft zu tun haben. Im anschließenden Studium erkannten sie aber immer mehr, dass ihnen das Studium ihre wichtigen gesellschaftlichen und ökologischen Fragen nicht nur nicht beantwortet, sondern sogar abgewöhnt. Studierende sagen immer wieder, dass sie bei uns zunächst wieder lernen, Fragen zu stellen, Zutrauen zu gewinnen und eigene Themen zu finden. Ein »Idealbild« vom perfekten Studierenden haben wir nicht. Wichtig ist allenfalls, eine entsprechende Eigenmotivation mitzubringen. Studierende sollen ihre eigenen Ideen wissenschaftlich umsetzen wollen.

Wie wird ein:e Erstsemester:in zu den hohen Zielen hingeführt?

Die Studierenden im Master bringen schon eine gewisse Vorbildung und damit eine gewisse Bildungssubstanz ein. Bei der Gestaltung der Bachelor-Studiengänge, die ja gerade erst starten, wird es noch spannender werden, denn hier schaffen wir einen Bildungsentwurf über fünf Jahre. Hier tragen wir Verantwortung für das Fundament einer akademischen Bildungsbiographie. Wir bieten einen grundständigen interdisziplinären Studiengang mit Realitätssinn an, der künftige Entscheidungsträger:innen mit Fragen über das Wissen von wirtschaftlichen Institutionen konfrontiert, die gesamte relevante Bandbreite an Perspektiven auf diese zentralen Fragen vermittelt und den Geist dafür schärft, dass grundlegende Reflexionen, eigenes Denken und die Veränderung des eigenen Denkens zentral sind. Wir wollen wie beim Master auch Studierende befähigen, sich selbst zu bilden. Dafür haben wir etwa einen hohen Anteil von eigenständigen Projekten gleichsam »zwischen« Theorie und Praxis in die Studiengänge integriert, sodass Studierende erfahren, was sie selbst zu bewirken vermögen und wie sie ihre eigenen Fähigkeiten in die Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft tatsächlich einbringen können.

Für die Studierenden stellt sich auch die Frage der Finanzierung. Private Hochschulen genießen keine hundertprozentige staatliche Förderung. Welchen finanziellen Rahmen muss eine solche Hochschule bieten und welche Konsequenzen hat das für Studierende und Lehrende?

Fakt ist, dass wir bis heute keine staatlichen Mittel bekommen. Während staatlich anerkannte Schulen großteils vom Staat refinanziert werden, fehlt bei den Hochschulen dieser Paragraph. Wir dürfen also forschen und lehren und damit auch hoheitliche Aufgaben wahrnehmen, aber den Staat kein Geld kosten. Deswegen tragen unsere Studierenden mit ihren Beiträgen zur freien und innovativen Bildungsarbeit der Hochschule bei. Sie ermöglichen die Entstehung und den Erhalt eines Bildungsortes mit, der von intensivem Austausch, dem Lernen in kleinen Gruppen und einem exzellenten Betreuungsverhältnis geprägt ist. Sie machen gemeinsam mit uns eine Freiheit akademischer Lehre möglich, die andernorts selten zu finden ist: die Freiheit, zu lernen und zu lehren, zu studieren und zu diskutieren, was ihnen selbst wichtig ist. Stipendien gestalten die Beiträge dabei sozialverträglich.

Hier stellt sich eine ökonomisch-philosophische Frage bezüglich der finanziellen Gerechtigkeit.

Genau. Deshalb vergeben wir selbst Stipendien für Studierende, die sich das Studium bei uns nicht leisten können. Zudem sind wir sehr glücklich darüber, dass wir einen engagierten Studierendenverein haben, in dem die Studierenden viele Fragen der Bedürftigkeit weitgehend selbst regeln, sich untereinander helfen und selbst Spenden einwerben. Die Studierenden versetzen sich so in die Lage, selbstständig und solidarisch für die Lebenshaltungskosten aufzukommen.

Welche Motivation haben Stiftungen und private Förderer:innen bei der Finanzierung? War es schwierig, sie einzubinden?

Da wir eine Verbrauchsstiftung sind, brauchen wir jährlich finanzielle Mittel, weswegen sorgfältig weitergeplant werden muss. Die Geldgeber:innen – Stiftungen, Privatpersonen, Unternehmen etc. – sind meist über den momentanen Zustand der Bildung sehr besorgt. Unternehmen etwa merken, dass sie nach den Bologna-Reformen nun die ersten Leute einstellen, denen bestimmte Persönlichkeitsaspekte, wie Engagement, Aufnahmefähigkeit oder Kreativität, fehlen. Sie wissen, dass sie uns nicht vorschreiben können, was sie genau benötigen. Stattdessen verstehen sie, dass es akademische Freiheit braucht, um überhaupt wieder schöpferische und verantwortliche Menschen in Wirtschaft und Gesellschaft zu haben. Auch sind unsere Spender:innen zunehmend über den Zustand der Wirtschaft besorgt, z.B. über die wachsende Dominanz der Finanzmärkte. Sie sind beunruhigt und spüren etwa

als mittelständische Unternehmen zugleich ihre soziale Verantwortung gegenüber Mitarbeiter:innen, Standort oder Region. Und bei der Unternehmensnachfolge stellen sie die Frage, welchen jungen Leuten der Betrieb in die Hände gegeben werden soll.

Welche Aufnahmekriterien für kommende Studierendengenerationen sind angedacht?

Pro Jahrgang nehmen wir 20 bis 25 Studierende pro Studiengang auf. Studierende kommen mit unterschiedlichen Motivationen gut informiert zu uns und haben sich die Bewerbungsabsicht überlegt. Wir lesen die Motivationsschreiben genau, führen Aufnahmegespräche und bieten auf unseren Studieninformationstagen zusätzlich Raum für einen ausführlichen Dialog. Noten spielen bei der Aufnahme dann eine geringere Rolle. Zum Masterstudiengang wechseln zu uns nicht nur Studierende, die sich vorher mit »Pluraler Ökonomik« beschäftigt oder VWL studiert haben, sondern es gibt auch Bewerbungen, die z.B. angesichts der starken Ökonomisierung der Gesellschaft aus anderen Bereichen kommen – etwa den Kulturwissenschaften, der Politologie oder auch aus den Ingenieurwissenschaften. Sie kommen oftmals mit einem eigenen Forschungsanliegen und der Frage, wie dieses realisierbar sei. Alle wollen sich mit ökonomischen Fragen auseinandersetzen, um zu verstehen, was in ihrem Bereich passiert. Wir haben etwa einen Maschinenbauer, der sich mit alternativem Wachstum beschäftigt und gemerkt hat, dass es jenseits technologischer Fragen eine starke ökonomische Komponente gibt, die er bei uns weiter erforschen möchte. Beim Bachelor-Studiengang gibt es Studierende, die sich nach einem freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahr, oftmals im Ausland, für Ökonomie interessieren, aber sehen, dass die bloße Mathematisierung des Studiums zu kurz greift. Sie interessieren sich brennend für Wirtschaftsfragen in kritischem Sinne. Wir erleben in den Aufnahmegesprächen Menschen, die sich mit der Idee von Bildung auseinandersetzen wollen, die sich für die »lebendige Realität« interessieren und die offen und neugierig sind.

Besonders attraktiv ist bei uns, dass unsere Studiengänge zwar in Vollzeit gelehrt werden, aber durchweg in Blockseminaren. Das heißt, dass ein Thema fünf oder sechs Tage am Stück behandelt und gemeinsam diskutiert wird, nicht an wiederkehrenden Wochentagen in Abschnitten von 90 Minuten Vorlesung oder Übung. Für den Seminarbetrieb ist es natürlich optimal, dass der Studierendenverein die vorübergehend geschlossene Jugendherberge übernommen hat. Es ist das hoch über der Mosel stehende Gebäude eines ehemaligen Grandhotels, das in vollkommener Selbstverwaltung betrieben wird und nur für unsere Studierenden da ist. Das ist natürlich auch ein schönes Projekt, das Engagement und Zusammenwirken des Studierendenlebens verkörpert.

Welche Themen bezüglich der sozialen gesellschaftlichen Verantwortung müssen demnächst auf den Tisch kommen, über die bisher noch nicht geredet wurde? Müsstest du z.B. über ein Grundeinkommen sprechen, oder über die Verteilung von Steuerlasten?

Die Idee einer gesellschaftsrelevanten Wissenschaft wurde im letzten Jahrhundert stark betont. Hier prägte die ökonomische Wissenschaft unterschwellig Weltbilder und beeinflusste damit die öffentliche Meinung. So etwas kann nur geschehen, wenn Wissenschaft nicht plural ist, keine Diskursvielfalt erlaubt und den Menschen von der Lebensrealität trennt. Wichtig ist, uns das letzte Jahrhundert genau anzusehen und die Frage zu stellen, welche Aufgabe die Wissenschaft hatte und die jetzige Wissenschaft hat. Es geht weniger darum, Lösungsvorschläge, z.B. im Hinblick auf Grundeinkommen, zu geben, sondern darum, einen Ort zu finden, wo Menschen wieder fähig werden, Entscheidungen zu treffen. Ein Großteil der Wirtschaftswissenschaft gab bisher Politikempfehlungen oder prägte ein sogenanntes Meinungsklima, das Lösungen, wie z.B. die Deregulierung, vorgab. Für unser Projekt ist wichtig, ob im bürgerschaftlichen, unternehmerischen oder staatlichen Bereich, Diskurse zu entfachen und Perspektiven zu bieten, damit wieder ein Fundament entsteht, auf dem eine aufgeklärte Entscheidungsvielfalt möglich ist. Dafür wenden wir uns vor allem Themen zu, denen kaum wissenschaftliche und gesellschaftliche Aufmerksamkeit geschenkt wird. Mein Kollege Walter Ötsch² forscht z.B. seit Jahren zum Thema »Schattenbanken«. Wir stellen die Frage, wie man empirisch und methodisch erforschen kann, wer in der Wirtschaft oftmals auf verdeckte Weise Hauptentscheidungen trägt und welche Möglichkeiten staatlicher Regulierung es in einer globalisierten Wirtschaft gibt. Es geht also um Felder, auf denen bisher noch nicht viel geforscht wird, wie z.B. die Frage, wie aus einem Projekt ökonomischer Professoren eine rechtspopulistische Partei wie die AfD entstehen kann. Ökonomisch geschaffene Meinungsklimata können auf eine andere Art und Weise politisch instrumentalisiert werden und für eine erschreckende Einseitigkeit stehen. So etwas weckt unsere Neugierde.

Mein persönlicher Forschungsbereich betrifft die Entstehungs- und Wirkungsgeschichte der Ökonomischen Bildung. Ich frage, wie wir dort hingekommen sind, wo wir gerade stehen, welche Konsequenzen sich daraus ergeben und wie sich die Gesellschaft daraus wieder befreien kann. Die Geschichte, die hier erzählt werden muss, ist für mich die Geschichte der Beeinflussung des menschlichen Geistes in einer Weise, die sich zugleich mit der Begeisterung für eine weltfremde Mathematik durchgesetzt hat.

2 Walter Ötsch ist ein österreichischer Ökonom und Kulturwissenschaftler. Er hatte bis 2025 die Professur für »Ökonomie und Kulturgeschichte« an der Hochschule für Gesellschaftsgestaltung inne.

Also gibt es noch Hoffnung?

Es gibt Hoffnung und noch viel zu tun. Ich bin überzeugt, dass vieles, was heute in einem Graubereich von Verbot, Selbstgehorsam und Selbststeuerung liegt, wieder geöffnet und mit Bewusstsein erfüllt werden kann, sodass sich neue Handlungsräume öffnen.

Frau Graupe, ich bedanke mich für Ihre Ausführungen zum Projekt Ihrer Hochschule und den damit verbundenen Fragen zur Aufgabe der Wissenschaft selbst, vor allem auch zur Bildungsfrage.